

# Pressemitteilung



Frank Junge  
Mitglied des Deutschen Bundestages

---

Berlin, den 12. Juli 2016

---

## Ferienwohnungen: Kommunen sollen selbst entscheiden

Viele Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern haben große Probleme mit Ferienwohnungen in Wohngebieten. Das Bundesbauministerium hat nun einen Referentenentwurf zur Anpassung der Baunutzungsverordnung erarbeitet.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Frank Junge, der das Thema seit fast zwei Jahren im Tourismusausschuss begleitet und mit dazu beitrug im Bundesbauministerium die Bereitschaft zu erzeugen, die Baunutzungsverordnung des Bundes zu ändern, wertet dies als ersten wichtigen Schritt, um die Problematik rund um das Thema Ferienwohnungen anzugehen: „Der Referentenentwurf, der zurzeit noch von den anderen Bundesministerien gesichtet wird, ist ein erstes positives Ergebnis. Voraussichtlich im August wird sich das Bundeskabinett mit dem Entwurf befassen, so dass das Papier ab September dem Parlament zur Beratung und ggf. zur Anpassung vorgelegt werden kann. Bis Ende des Jahres sollte das Gesetz beschlossen sein und könnte dann Anfang 2017 in Kraft treten.“

Frank Junge wirbt dafür, dass für die Kommunen bei der Erstellung von Bebauungsplänen endlich wieder Rechtssicherheit herrscht. Sie selbst sollen entscheiden können, ob sie Ferienwohnungen zulassen möchten oder nicht.

„Der Referentenentwurf würde das zukünftig sicherstellen. Dort wo bisher bereits Gewerbebetriebe zulässig sind, wären nach der Gesetzesänderung Ferienwohnungen erlaubt. Hierfür wäre eine Änderung des Bebauungsplans der jeweiligen Kommune nicht erforderlich.

Wurden beispielsweise Gewerbebetriebe bisher nicht im Bebauungsplan vorgesehen und sind Ferienwohnungen dadurch nicht abgedeckt, wird es der einzelnen Kommune zukünftig möglich sein, dies zu ändern, wenn es gewünscht ist. Die Kommune kann somit autonom handeln. Eine pauschale Legalisierung aller bisherigen Ferienwohnungen, wie teilweise gefordert, lehne ich ausdrücklich ab, weil das die Planungshoheit der Kommunen aushebeln würde“, erklärt Junge.

Bis zum endgültig abgestimmten Gesetz werden noch zahlreiche Beratungen stattfinden. Frank Junge ist es daher wichtig, die Meinungen und Auffassungen der „Betroffenen“ vor Ort zu kennen, um sie nach Möglichkeit mit berücksichtigen zu können. „Daher habe ich zahlreiche Gebietskörperschaften in Mecklenburg-Vorpommern angeschrieben und ihnen den aktuellen Referentenentwurf zur Verfügung gestellt, mit der Bitte, mir Ihre Hinweise zu geben und mit dem Angebot, für weiterführende Gespräche gern zur Verfügung zu stehen.“